

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/236

9. Dezember 1976

Ohne Hoffnung würde es Nacht

-----  
Postulate zum "Tag der Menschenrechte" am 10. Dezember

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 47 Zeilen

Schwerpunkte der Berliner Politik

-----  
Anmerkungen zu aktuellen Problemen (II)

Von Dietrich Stobbe

Senator für Bundesangelegenheiten von Berlin

Seite 3 und 4 / 75 Zeilen

Die Europäer werden selbstbewußter

-----  
Gewichtiges Wort der Euro-Group bei der NATO-Tagung

Seite 5 und 6 / 64 Zeilen

Ganoven-Spiel um ein "Dossier"

-----  
Heubl-Untersuchung wurde von der CSU gestoppt

Von Dr. Jürgen Boeddrich MdL

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen  
Landtag

Seite 7 / 26 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 80 88:33  
Telex: 08 86 845-43 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ohne diese Hoffnung würde es Nacht

Postulate zum "Tag der Menschenrechte" - am 10. Dezember

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Auf dem zurückliegenden Kongreß der Sozialistischen Internationale in Genf bin ich mit einer Reihe von Freunden aus Regionen zusammengetroffen, in denen die Menschenrechte tagtäglich verletzt werden. Die bestürzenden Berichte über Folterungen, Hunger und seelische Auszehrung, die mir in zahlreichen Gesprächen gegeben wurden, haben mich in meinem Entschluß bestärkt, gemeinsam mit anderen noch mehr als bisher dafür einzutreten, daß der Verwirklichung und dem Schutz der Menschenrechte überall in der Welt mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ganz bewußt habe ich deshalb in Genf von einer Offensive der Menschenrechte gesprochen, die jetzt an der Zeit sei.

Um an dieser von allen in Genf vertretenen Parteien als dringlich erachteten Aufgabe mitzuwirken, wird jede Partei den ihr gemäßen eigenständigen Weg gehen. Dem widerspricht nicht, daß sich die Parteien der Internationale mehr als in der Vergangenheit von Fall zu Fall darauf einigen, gemeinsam zu handeln.

Für die deutschen Sozialdemokraten will ich am Tag der Menschenrechte bekräftigen: Gäbe es die Menschenrechte nicht, wenigstens als Ziel, als Hoffnung, dann würde es Nacht. Resignation wäre Kapitulation vor Unrecht und Verzweiflung. Und ich füge hinzu: Deshalb wollen wir Sozialdemokraten den Kampf gegen die individuelle Verletzung der Men-

schonwürde ebenso zu unserer Aufgabe machen wie die soziale Verwirklichung der Menschenrechte. Diese Überzeugung macht für uns an keiner Grenze halt.

Dreierlei verdient hervorgehoben zu werden:

1/ Sich um die Verwirklichung der Menschenrechte zu kümmern, ist Sache jedes einzelnen. Das Ringen um eine humane Gesellschaft, dem auch die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zugrunde liegen, darf nicht an irgendwelchen Parteigrenzen halt machen. Menschenrechte sind Überlebensrechte geworden.

2/ Wir wollen bedrängten Menschen, besonders solchen, die aus politischen Gründen gefangen gehalten werden, möglichst wirksam helfen. Das heißt auch, daß unterhalb der Regierungsebene möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Institutionen zusammenwirken, damit der moralische Druck auf Unrechtssysteme nicht das Werk weniger einzelner bleibt. Am Beispiel Südafrika ist es gut vorstellbar, daß Gewerkschaften, Kirchen, humanitäre Organisationen wie etwa Amnesty International und eine Partei wie die SPD gemeinsam oder aufeinander abgestimmt handeln. Wir sind dabei, die Möglichkeiten für eine solche Gemeinsamkeit auszuloten.

3/ So wichtig solche Zusammenarbeit immer wieder sein wird, sie entlastet die Sozialdemokratie nicht aus der Aufgabe, Anstrengungen auch aus eigener Verantwortung zu unternehmen. Humanitäre Hilfe muß ein Teil der begleitenden sozialen Maßnahmen in der Menschenrechtsarbeit bleiben. Unsere Aufmerksamkeit müssen wir auch den Fragen schenken, die mit dem Asyl für Verfolgte in der Bundesrepublik zu tun haben. Hier sollte das Ausmaß der Bedrängnis nicht geringer wiegen als der Maßstab, der sich aus der Beschreibung unserer unmittelbaren Interessen ergibt.

(-/9.12.1976/vd/pr)

+ + +

## Schwerpunkte der Berliner Politik

### Anmerkungen zu aktuellen Problemen (II)

Von Dietrich Stobbe

Senator für Bundesangelegenheiten von Berlin

#### Die Lage

Eine zentrale Aufgabe der politischen Führung besteht darin, eine Politik für Berlin zu formulieren, die von einer richtigen Einschätzung der Machtlage ausgeht. Die Machtlage ist gekennzeichnet durch: 1/ ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West, das den Frieden bewahrt, aber die Teilung Deutschlands und die Teilung der Stadt zementiert; 2/ die aus dem Machtgleichgewicht resultierende Unmöglichkeit, daß eine Seite der anderen Seite ihren Willen aufzwingt; 3/ die Bereitschaft zu Kooperationen zwischen Ost und West im Rahmen dieses Gleichgewichtes; und 4/ das fortdauernde Risiko für Konfrontationen, da langfristig zwischen Ost und West gegenläufige Zielsetzungen aufrechterhalten bleiben, die zu wechselseitigem Mißtrauen führen.

Für die Formulierung unserer Politik für Berlin bedeutet dies:

1/ Wir müssen diese Machtlage den Menschen in der Stadt ständig und bewußt vermitteln, nicht nur allgemein, sondern gerade vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse. Auch 15 Jahre nach dem Bau der Mauer wird die Lage, wie sie wirklich ist, von vielen Berlinern immer noch verkannt. Wir müssen mit Entschiedenheit gegen eine CDU und ihre publizistischen Verstärker ankämpfen, die im Kern eine Politik der Konfrontation suchen, weil sie dieses Machtgleichgewicht nicht wahrhaben wollen, weil sie in dem Wahn leben, sie könnten das Machtgleichgewicht einseitig verändern, und weil sie Panikmache mit der Behauptung betreiben, daß sich das Machtgleichgewicht durch unsere Politik der Verträge zugunsten der östlichen Seite verschoben habe.

2/ Wir dürfen keine Zweifel aufkommen lassen an unserem Willen, den Weg der Entspannung fortzusetzen. Der Katalog möglicher Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Energie, Wissenschaft, Kultur, etc. ist nicht erschöpft, der Interessenausgleich ist weiterhin denkbar. Politische Führung heißt, den Menschen in dieser Stadt zu verdeutlichen, daß damit ein Abbau von Anomalitäten und somit mehr Freiheitspielraum erreicht werden kann. Allein eine solche Politik dient dem Zusammenhalt der Nation, für die wir dieses leisten können, aufgrund der Machtlage aber kaum wesentlich mehr.

3/ Den Berlinern muß verstärkt erklärt werden, daß neben dieser Politik des partiellen Interessenausgleichs die Gegensätze in Grundsatzpositionen beider Lager fortauern. In Berlin kann man durch Interessenausgleich noch vieles praktisch, wegen des Machtgleichgewichts weniges grundsätzlich lösen.

#### Bilanz des Viermächte-Abkommens

Die Vorteile und Verbesserungen, die uns das Viermächte-Abkommen und die nachfolgenden Vereinbarungen gebracht haben, bedürfen heute keiner Erwähnung. Es muß allerdings ständige Aufgabe der Partei bleiben, die Bedeutung dieser Verbesserungen im Bewußtsein der Bevölkerung wachzuhalten. Am Beispiel des

Viermächte-Abkommens läßt sich belegen, was schon gesagt wurde:

Das Viermächte-Abkommen war und ist keine Lösung des Berlin-Problems, es ist aber der geglückte Versuch, praktische Verbesserungen für die Stadt zu erreichen bei Aufrechterhaltung gegensätzlicher Rechtspositionen der Drei Mächte und der Sowjetunion. Es ist deshalb sinnlos, unter Berufung auf das Viermächte-Abkommen Grundsatzfragen lösen zu wollen, die die Vier Mächte selbst nicht lösen konnten.

Das Viermächte-Abkommen ist nicht dafür geschaffen, Prinzipien zu reiten. Bei divergierenden Auffassungen - und davon gibt es eine Menge - muß nach praktischen Lösungen gesucht werden, die unsere Rechtsauffassung unberührt lassen. Die Erfahrung spricht dafür, daß umgekehrt der anderen Seite eine Unterschrift unter unsere Rechtsauffassung nicht abgerungen werden kann. Bei der komplizierten Bindungsformel und auch bei der Außenvertretung ist deutlich geworden, daß der Streit um die juristische Würdigung praktische Regelungen verzögert und erschwert, von denen doch beide Seiten einen Nutzen haben könnten.

Die Sowjetunion muß wissen, daß auch ständige Wiederholungen ihrer Interpretationen nicht dazu führen werden, daß wir unsere Rechtsauffassung ändern. Es sollte allerdings erkannt werden, daß man die Dinge der politischen Praxis von Fall zu Fall regeln muß und daß nur eine Kette praktisch geregelter Einzelfälle jenes Mißtrauen beseitigen wird, das hinsichtlich der Durchführung des Viermächte-Abkommens in diesen beiden Bereichen immer wieder genährt wird.

Folgendes zur Klarstellung: Die Bindungsformel ist kompliziert, trotzdem eindeutig. Wir können Bindungen aufrechterhalten und entwickeln, aber wir sind wie bisher kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik Deutschland und werden weiterhin nicht von ihr regiert. Wir sind uns beider Komponenten voll bewußt und es gibt keine politische Praxis, die dem zuwiderläuft. Für ein Mißtrauen, daß die Westaktoren Berlins entgegen der Bindungsformel zu einem konstitutiven Teil der Bundesrepublik Deutschland gemacht werden sollten, besteht kein Anlaß. Auch die Außenvertretung ist klar geregelt. Die Bundesrepublik Deutschland vertritt die Westaktoren Berlins in dem Maße und dem Umfang, wie ihn die Drei Mächte gestatten. Die Sowjetunion hat diesen Grundsatz anerkannt. Es gibt keinen außenpolitischen Vertrag der Bundesrepublik Deutschland, der diesen Grundsatz und das etablierte Verfahren verlassen hätten.

(-/9.12.1976/va/pr)

(Fortsetzung am 10. Dezember 1976)

+ + +

### Die Europäer werden selbstbewußter

#### Gewichtiges Wort der Euro-Group bei der NATO-Tagung

"Für einen Arzt ist nichts wirklich gesund, für einen Pfarrer nichts wirklich ohne Sünde und für einen General nichts wirklich sicher." Diesen, dem einstigen britischen Premier Lord Palmerstone zugeschriebenen Satz benutzte ein deutscher General bei dem Versuch, den Verlauf der NATO-Konferenzen in Brüssel zu beschreiben, und so ist am Vorabend der Schlußsitzung auch noch gar nicht zu sagen, ob die Verhandlungsserie mit substantiellen Beschlüssen ausgehen wird.

Für den amerikanischen Partner wird am Ende die Erkenntnis stehen, daß eres mit einem selbstbewußteren Europa zu tun hat als das bisher der Fall war. Die Zusammenarbeit in der Euro-Group hat ihre Früchte getragen. Der Hinweis auf die Leistungen der einzelnen Euro-Group-Mitglieder für die gemeinsame Verteidigung ist eine an Washington gerichtete Demonstration, insbesondere mit Blick auf das Angebot des Warschauer Paktes, zu einem Abkommen über den Verzicht auf den Ersteinsatz von nuklearen Waffen zu kommen.

Trotz der Zustimmung, die dieses Angebot bei einigen europäischen und amerikanischen Kommentatoren gefunden hat, wird es von den europäischen NATO-Mitgliedern nicht als taugliches Instrument der Friedenssicherung empfunden. Vielmehr taucht die Vermutung auf, daß hiermit ein dem lange zu den Akten gelegten Rapatzki-Plan folgendes Modell entwickelt werden soll. Eine Aufgabe der dreigestuften Reaktionsdoktrin des westlichen Bündnisses, durch den Verzicht auf taktische Nuklearwaffen wie sie von einflußreichen Kreisen in den USA seit einiger Zeit propagiert wird, stößt im europäischen Teil des Bündnisses auf Ablehnung, jedenfalls solange, wie sich das konventionelle Kräfteverhältnis nicht verändern läßt. Ein Rückzug sowjetischer Panzerverbände hinter die Weichsel, wie es gerade in diesen Tagen auch eine deutsche Zeitung erörterte, wird in Brüssel als nicht ausreichend angesehen.

Wenn die Minister im Prinzip auch die Notwendigkeit der gemeinsamen Beschaffung eines luftgestützten Frühwarn- und Kontrollsystems (AWACS) anerkannt und Vorarbeiten von Finanzexperten anordneten, um brauchbare Daten über die entstehenden Kosten und deren Verteilung auf die Partner zu gewinnen, ist damit noch keine Vorentscheidung gefallen. Zwar werden sich die Verteidigungsminister noch im Frühjahr mit AWACS beschäftigen, aber die Grundfrage, nämlich ob es zu einer gemeinsamen Anschaffung durch alle NATO-Partner

kommt, ist nicht zu beantworten, weil Großbritannien sich weiter zurückhält und noch immer versucht, sein eigenes System NIMROD im Gespräch zu halten. Über das von dem amerikanischen Flugzeugkonzern Grumman angebotene System "Hawkeye" ist dagegen das Urteil bereits gesprochen. Zwar wird dieses System wesentlich billiger angeboten als andere, aber die Leistungen liegen entsprechend niedriger, so daß eine größere Zahl von Systemen benötigt werden würde, um eine volle Raumabdeckung bei Aufklärung und Kontrolle zu erreichen. Der Vorteil des niedrigeren Preises wäre damit aufgezehrt.

Auch die Frage des Schutzes der fliegenden Kontrollsysteme gegen feindliche Flugzeuge ist nach wie vor offen. Experten in den NATO-Stäben nehmen an, daß die Einführung von AWACS eine erhebliche Erhöhung der Abfangjägerkapazität des Westens zur Folge haben müßte. Die Vertreter der Bundesrepublik haben sich in Brüssel den Schwarzen Peter nicht zuschieben lassen. Sie verlangen nach wie vor eine volle "NATOisierung" dieses Beschaffungsvorhabens, zu dem vor eingehender Prüfung durch Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des Bundestages keine Erklärungen abgegeben werden können.

Freundlicher als noch bei den vorangegangenen NATO-Konferenzen wurde diesmal die Anregung des noch amtierenden amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld aufgenommen, Spanien eine Rolle im Verteidigungssystem des westlichen Bündnisses zuzuweisen und es zunächst als Beobachter zu den Konferenzen einzuladen, wenn die spanischen Wahlen im März 1977 eine Bestätigung des Demokratisierungsprozesses bringen sollten. Rumsfeld hat die Frage Spanien nicht zu einem Hauptpunkt seiner Ausführungen vor der Konferenz gemacht, sondern sie nur eben gestreift, aber auch deutlich erkennen lassen, wie sehr die USA an der Einbeziehung Spaniens in die NATO interessiert sind. Die Europäer werden diese Frage tatsächlich erst nach dem März positiv behandeln können, wenn die spanischen Wahlen entsprechend verlaufen und ausgehen. Von deutscher Seite wurde in diesem Zusammenhang inoffiziell auf das Beispiel Portugals verwiesen, das vor einem Jahr noch als politisches und Sicherheitsrisiko galt, jetzt aber wieder ein geschätztes Mitglied der Allianz ist.

Wolfgang Fechner  
(-/9.12.1976/va/pr)

+ + +

Genoven-Spiel um ein "Dossier"

Heubl-Untersuchung wurde von der CSU gestoppt

Von Dr. Jürgen Boeddrich MdL

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die im sogenannten "Dossier" erhobenen Vorwürfe gegen die Amtsführung des CSU-Staatsministers Dr. Franz Heubl waren Gegenstand eines Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag. Von Anfang an versuchten die CSU-Mitglieder den wahren Sachverhalt zu verachleiern und die Urheber des "Dossiers", die im Dunstkreis von Franz Josef Strauß zu finden sind, zu decken. So wurden zwar alle Beamten des bayerischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten vom Ausschuß vernommen, ebenso die Sekretärinnen, aber weder Franz Josef Strauß selbst noch sein Büroleiter Dr. Voss stellten sich dem Ausschuß, sondern beriefen sich auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht. Mit ihrer Mehrheit lehnten die CSU-Mitglieder darüber hinaus die Einvernahme von Staatsminister Heubl - dem Hauptbetroffenen - sowie von Generalsekretär Gerald Tandler, Pressesprecher Kiehl und der Mitarbeiter des Bonner Büros von Strauß ab.

Diese Verhaltensweise zeigt deutlich die Furcht der CSU, daß sich die Urheber des Rufmordes an Minister Heubl öffentlich äußern müßten. Die CSU-Mehrheit versteht sich also nur als Schutztruppe für Strauß und sein Büro. An einer Klärung des Sachverhalts war ihr nichts gelegen.

Als Ergebnis bleibt festzustellen, daß die Vorwürfe gegen Minister Heubl nicht bewiesen werden konnten, im Gegenteil, die Zeugen wiesen die im "Dossier" erhobenen Vorwürfe gegen den Minister zurück. Es handelt sich bei diesem "Dossier" offensichtlich um einen geplanten Rufmord gegen Dr. Franz Heubl, der von Strauß und seinen Freunden seit Jahren bekämpft wird. Die Methode allerdings entlarvt die Urheber des "Dossiers" als politische Genoven, die mit kriminellen Praktiken einen nicht genehmen Politiker zu Fall bringen wollten.

Der Untersuchungsausschuß hat es noch einmal deutlich bewiesen: Strauß und seine Clique sind selbst für eigene Parteifreunde ein Sicherheitsrisiko.

(-/9.12.1976/vb/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller